

# KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -  
Deutschland e.V. zur Europawahl

# 2024



## DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND:

Wer ist am ehesten auf der Seite der  
kleinen und mittelständischen Unternehmen?

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)



Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD) e.V.  
Confédération Européenne Des Indépendants – C.E.D.I.



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe ESD-Mitglieder,

der Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. plädiert für eine transparente und verständliche Europapolitik, die die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) effektiv unterstützt, anstatt sie zu belasten. Anlässlich der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni hat der Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. einen Fragenkatalog entwickelt, der die wichtigsten Herausforderungen für KMU thematisiert und Sie, liebe Leserinnen und Leser, bei Ihrer Wahlentscheidung im Interesse der Selbständigen zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

### **Fakten zur Europawahl**

Vom 6. bis 9. Juni 2024 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) zum zehnten Mal das Europäische Parlament. In Deutschland wird am Sonntag, 9. Juni 2024, gewählt, so hat es die Bundesregierung am 10. August 2023 bestimmt. Die neunte Wahlperiode, die mit der konstituierenden Sitzung am 2. Juli 2019 begonnen hatte, endet mit Beginn der konstituierenden Sitzung der zehnten Wahlperiode, die am 16. Juli 2024 stattfinden soll. Gewählt wird nicht nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, sondern nach nationalen Wahlgesetzen. In der Bundesrepublik regeln das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung das Wahlverfahren.

## Aktives Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt

Anders als vor fünf Jahren darf am 9. Juni in Deutschland wählen, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat. Der Bundestag hat am 10. November 2022 das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt, als er einen Gesetzentwurf der Ampelkoalition zur Änderung des Europawahlgesetzes (20/3499) auf Empfehlung des Innenausschusses (20/4362) annahm. Auch in Belgien, Malta und Österreich dürfen 16-Jährige wählen. In Griechenland muss man 17 Jahre, in den übrigen Mitgliedstaaten 18 Jahre alt sein.

Wählen dürfen ab diesem Mindestalter nicht nur Deutsche, sondern auch Angehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, die sich in Deutschland aufhalten. Das Europawahlgesetz schreibt jedoch ausdrücklich vor, dass das Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden darf. Selbst für das Europaparlament kandidieren kann man ab dem vollendeten 18. Lebensjahr (passives Wahlalter).

Dabei ist allerdings zu beachten, dass nur Parteien und sonstige politische Vereinigungen Wahlvorschläge einreichen können – entweder Listen für einzelne Bundesländer (in jedem Land nur eine Liste) oder eine gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Anders als bei Bundestagswahlen sind Einzelbewerbungen nicht zugelassen.

## Der Brexit und die Folgen

Bis zum 31. Januar 2020 gehörten dem Europäischen Parlament 751 Abgeordnete an, darunter 73 Abgeordnete aus dem Vereinigten Königreich. Mit Inkrafttreten des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union endete auch das Mandat der britischen Abgeordneten. Doch das Parlament tagte nicht mit den verbleibenden 678 Abgeordneten weiter, sondern korrigierte die durch die Lücke entstandene Gewichtsverschiebung, indem aus 14 anderen Mitgliedstaaten insgesamt 27 neue Abgeordnete nachrückten.

Deutsche befanden sich nicht darunter, denn

mit 96 Abgeordneten hatte Deutschland – als einziges Land – die Höchstzahl der einem Mitgliedstaat zustehenden Mandate bereits erreicht. Im Vergleich dazu liegt die Untergrenze bei sechs Mandaten, die derzeit von Abgeordneten aus Luxemburg, Zypern und Malta wahrgenommen werden. Eine der sechs maltesischen Abgeordneten ist die derzeitige Parlamentspräsidentin Dr. Roberta Metsola.

## Künftig 720 statt 705 Abgeordnete

Somit tagt das Europaparlament derzeit mit 705 Abgeordneten. Maximal zulässig sind – wie vor dem Brexit – 751 Abgeordnete. In der kommenden Wahlperiode soll die Abgeordnetenzahl von 705 auf 720 steigen, wie das Parlament im September 2023 beschloss. Ursächlich dafür ist eine Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung in einzelnen Ländern.

Von den 15 zusätzlichen Mandaten gehen je zwei nach Frankreich, Spanien und in die Niederlande und je eines nach Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Lettland, Österreich, Polen, die Slowakei und Slowenien. Mit 720 Abgeordneten wäre das Europaparlament dann immer noch kleiner als der aktuelle Bundestag mit 736 Abgeordneten.

## 1.413 Kandidatinnen und Kandidaten in Deutschland

Wie schon 2019 entfallen 96 Mandate auf Abgeordnete aus Deutschland. Um diese Parlamentssitze bewerben sich insgesamt 1.413 Kandidatinnen und Kandidaten. Darunter sind 486 Frauen, was einem Anteil von 34,4 Prozent entspricht, wie die Bundeswahlleiterin Dr. Ruth Brand am 30. April 2024 mitgeteilt hat.

Frankreich wird 81 Abgeordnete entsenden (derzeit 79), Italien wie bisher 76, Spanien 61 (derzeit 59) und Polen 53 (bisher 52). Die Mandate der übrigen Mitgliedstaaten (in Klammern die derzeitige Anzahl): Rumänen 33 (33), Niederlande 31 (29), Belgien 22 (21), Tschechien 21 (21), Griechenland 21 (21), Ungarn 21 (21), Portugal 21 (21), Schweden 21



(21), Österreich 20 (19), Bulgarien 17 (17), Dänemark 15 (14), Slowakei 15 (14), Finnland 15 (14), Irland 14 (13), Kroatien 12 (12), Litauen 11 (11), Lettland 9 (8), Slowenien 9 (8), Estland 7 (7), Zypern 6 (6), Luxemburg 6 (6) und Malta 6 (6).

### **Sieben Fraktionen und 49 fraktionslose Abgeordnete**

Bei der Sitzverteilung nach Ländern gilt das Prinzip der „degressiven Proportionalität“. Es bedeutet, dass die Bevölkerungen der kleineren Mitgliedstaaten relativ „besser“ im EU-Parlament vertreten sind als die Bevölkerungen der größeren Mitgliedstaaten. Etwas Ähnliches gibt es im deutschen Bundesrat, in dem auch die kleineren Bundesländer „relativ besser“ vertreten sind als die größeren Länder. Anders als bei Bundestagswahlen gibt es bei der Europawahl keine Wahlkreise.

Derzeit sind im Europäischen Parlament folgende Fraktionen vertreten: Europäische Volkspartei (Christdemokraten, EVP) 178 Abgeordnete, Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) 141 Abgeordnete, Renew Europe 101 Abgeordnete, Die Grünen/Freie Europäische

Allianz (Grüne/EFA) 72 Abgeordnete, Europäische Konservative und Reformen (ECR) 67 Abgeordnete, Identität und Demokratie (ID) 60 Abgeordnete und Die Linke im Europäischen Parlament (GUE/NGL) 37 Abgeordnete. 49 Abgeordnete gehören keiner Fraktion an.

Quelle:  
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw01-europawahl-984094>

### **Wer geht für das Amt der Kommissionspräsidentaschaft ins Rennen?**



**Ursula von der Leyen** (CDU ; geborene Albrecht; \* 8. Oktober 1958 in Ixelles/Elsene, Belgien) ist seit dem 1. Dezember 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission. Sie wurde am 16. Juli 2019 auf Vorschlag des Europäischen Rates durch das Europäische Parlament gewählt.

Zuvor war von der Leyen von 2003 bis 2005 niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, von 2005 bis 2009

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales und von 2013 bis 2019 Bundesministerin der Verteidigung. Von November 2010 bis November 2019 war sie zudem stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU.



**Nicolas Schmit** (\* 10. Dezember 1953 in Differdingen) ist ein luxemburgischer Politiker (LSAP) und Diplomat. Er ist seit 2019 EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. Bei der Europawahl 2024 ist er der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).



**Theresa „Terry“ Reintke** (Bündnis 90/Die Grünen; \* 9. Mai 1987 in Gelsenkirchen) war von 2011 bis 2013 Sprecherin der Federation of Young European Greens. Sie ist seit der Europawahl 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und wurde 2019 wiedergewählt. Sie ist Mitglied der Fraktion Die Grünen/EFA. Seit 2022 ist sie eine der beiden Vorsitzenden dieser Fraktion. Ende 2023 wurde sie von den deutschen Grünen für die Europawahl 2024 zur Spitzenkandidatin gewählt und ebenso als Spitzenkandidatin der europäischen Grünen vorgeschlagen.

**Bas Eickhout** (\* 8. Oktober 1976 in Groesbeek) ist ein niederländischer Politiker der Partei GroenLinks. Eickhout ist seit 2009 Mitglied des Europaparlaments und wurde bei den Wahlen 2014 und 2019 wiedergewählt. Für die Europawahl 2019 trat Eickhout zusammen mit

Ska Keller als Co-Spitzenkandidat der Europäischen Grünen an. Eickhout gilt als Klimaschutzexperte.



**Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP; \* 10. März 1958 als Marie-Agnes Jahn in Düsseldorf) ist Mitglied des FDP-Präsidiums und des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2008 bis 2014 war sie Erste Bürgermeisterin und damit Stellvertreterin des Oberbürgermeisters von Düsseldorf. Seit der Bundestagswahl 2017 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags und dort seit 2021 Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Sie ist Spitzenkandidatin ihrer Partei und der Europapartei ALDE für die Europawahl 2024.

**Sandro Gozi** (\* 25. März 1968 in Sogliano al Rubicone) ist ein italienischer Politiker (Italia Viva, Liste Renaissance (Frankreich), ehemals PD (Italien)). Er war vom 28. Februar 2012 bis zum 1. Juni 2018 Staatssekretär für europäische Angelegenheiten in den Regierungen von Matteo Renzi und Paolo Gentiloni. Seit Februar 2020 ist er in Frankreich gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments.

**Valérie Hayer** (geboren am 6. April 1986 in Saint-Denis-d'Anjou, Département Mayenne) ist eine französische Politikerin (Renaissance). Seit der Europawahl 2019 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments als Teil der Fraktion Renew Europe, seit Januar 2024 deren Vorsitzende.



**Walter Baier** (\* 9. Februar 1954 in Wien) ist ein österreichischer Politiker (KPÖ) und seit 11. Dezember 2022 Vorsitzender der Europäischen Linken.

## DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?



**ESD: Was sind die programmatischen Schwerpunkte der KMU-Europapolitik Ihrer Partei?**



CDU und CSU wollen die Soloselbständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen vor allem durch konsequenten Bürokratieabbau entlasten (siehe ausführlich Antwort auf Frage 5). Dabei wollen wir insbesondere dem Mittelstand in Europa eine eigene Stimme geben, indem wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Wichtig ist zudem die Weiterentwicklung beziehungsweise die Vertiefung des Binnenmarktes, indem noch bestehende Hindernisse im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr abgebaut werden, wie beispielsweise in der Arbeitnehmerentsendung. Wir wollen mit einer europäischen Wettbewerbsstrategie unternehmerisches Handeln erleichtern. Europa muss mehr in modernste Infrastruktur, Innovation und di-gitale Technologien investieren, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern.



Wir halten die klimaneutrale und digitale Transformation für eine der stärksten Herausforderungen für die Zukunft der EU. Unser wirtschaftspolitischer Schwerpunkt in diesem Zusammenhang ist die Kombination von Industrie, Klimaschutz und sozialem Fortschritt. Dabei spielen KMUs eine wichtige Rolle. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im Bereich der Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie (Green Deal Industrial Plan), bei der Förderung von Investitionen in Zukunftsindustrien und Innovationen sowie in Gesetzesvorhaben zur Stärkung des Binnenmarkts, die Belange von KMUs mitgedacht werden. Das bedeutet, wo es sachlich gerechtfertigt ist, wollen wir Hürden für KMUs abbauen oder sie gezielt in der Transformation unterstützen.



Wir Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass die EU einen echten Mittelstandskommissar bekommt, der sich um faire Wettbewerbs-

bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie um Bürokratieabbau kümmert. Er muss sicherstellen, dass auf EU-Ebene keine Regelungen eingeführt werden, die von Mittelständlern nicht umgesetzt werden können, und Vorschläge für die Änderung oder Abschaffung bestehender Regelungen erarbeiten, wenn sie den Mittelstand über Gebühr belasten. Jedes Gesetzgebungsverfahren soll außerdem zukünftig einen KMU-Test durchlaufen, der die potentiellen Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kritisch durchleuchtet. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Antrieb für Wachstum, Innovation und Wohlstand. Die KMU-Definition auf EU-Ebene wollen wir an die Lebensrealität anpassen. Unternehmen mit mittelgroßer Kapitalisierung („Small Mid Caps“) und größerer Kapitalisierung („Mid Caps“) sollen zukünftig ebenfalls als europäischer Mittelstand definiert werden. Zudem muss die Mitarbeitergrenze von 250 auf 1.250 Mitarbeiter angehoben werden.

### Die Linke

Die Linke will regionale Lieferketten stärken. Bei öffentlichen Ausschreibungen der Kommunen wollen wir lokale Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen bevorzugen. Das entlastet von Bürokratie und hilft vor allem kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen die Förderung für den Strukturwandel massiv ausweiten und Mittel für alle Regionen bereitstellen, die von der Transformation betroffen sind. Über die Verwendung dieser Mittel bestimmen regionale Gremien, in denen die lokalen Unternehmen vertreten sind. Um den bürokratischen Aufwand zu verringern, wollen wir die unübersichtliche Vielzahl von Förderprogrammen der EU zusammenlegen und den Zugang vereinfachen. Mit guten Löhnen für alle Beschäftigten stärken wir Kaufkraft und Nachfrage. Handwerker, Bäckereien und Gastwirte spüren schmerzlich, wenn in der Nachbarschaft das Geld für viele Dienstleistungen fehlt. Öffentliche Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur stärken die Grundlage der Wirtschaft und wirken als Konjunkturprogramm.



Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der Selbstständigen, der KMU und des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. KMU stellen über 99% der europäischen Unternehmen und stellen zwei von drei Arbeitsplätzen. Sie bieten innovative Lösungen für Herausforderungen wie Klimawandel oder Ressourceneffizienz und sind dadurch unentbehrliche Partner für zukunftsfähige Politik. Wir wollen für KMU die geeigneten Rahmenbedingungen herstellen, damit sie ihre vollen Potentiale entfalten können. Unsere programmatischen Schwerpunkte in der KMU-Europapolitik sind daher die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung der Innovationskraft und der Ausbau der Resilienz gegen künftige Herausforderungen.

### ESD: Welche sind die nach Ihrer Ansicht drei relevantesten europapolitischen Themen der neuen Legislaturperiode für Soloselbständige, kleinste und kleine Unternehmen in Deutschland und Europa?



Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.



Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.



Wir Freie Demokraten wollen auch für die selbständige Erwerbsarbeit eine Wirtschaftswende einleiten. Wir fordern eine grundlegende Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren gesetzlichen Positivkriterien für Selbständigkeit. Darüber hinaus muss sich die Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Krankenversicherung an den vergleichbaren Entgelten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten orientieren. Schließlich wollen wir einen einkommenssteuerlichen Nachteilsausgleich für Selbständige einführen, indem wir schwankende Einnahmen über mehrere Jahre

so glätten, dass eine höhere Steuerbelastung aufgrund von Auftragsschwankungen vermieden wird. Den Versuch über von der Leyens EU-Plattformrichtlinie alle Solo-Selbstständigen mit einer Beweislastumkehr und einer Beschäftigungsvermutung unter einen Generalverdacht der Scheinselbstständigkeit zu stellen, werden wir in dieser Form in der nationalen Umsetzung unterbinden.

Von besonderer Bedeutung ist für uns der konsequente Abbau von Bürokratie – insbesondere auch für alle Selbständigen, kleinsten und kleinen Unternehmen. Dazu fordern wir einen „Bureaucracy Reduction Act“. Wir wollen die Wirtschaft von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „One in, two out“-Regel bestehende Belastungen konsequent in doppeltem Umfang abgeschafft werden.

### Die Linke

Soloselbständige und Beschäftigte in Kleinunternehmen brauchen eine gute soziale Absicherung. Die Coronapandemie hat gezeigt, wie verletzlich gerade kleine Selbständige sind, die oft nur begrenzte Rücklagen haben. Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle Arbeitenden durch die sozialen Sicherungssysteme geschützt werden. Auftraggeber\*innen müssen auch für Soloselbständige, die als Kleinunternehmer\*innen, Freiberufler\*innen, Handwerker\*innen, Schausteller\*innen und Gewerbetreibende arbeiten Sozialversicherungsbeiträge zahlen, damit die Selbständigen mit dem Risiko nicht allein bleiben. Dazu brauchen wir branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die Soloselbständige vor einem ruinösen Preiswettbewerb schützen. Bei öffentlichen Aufträgen wollen wir statt des bisher geltenden Zwangs zu europaweiter Ausschreibung einen Vorrang für regionale Angebote mit guten Arbeitsbedingungen festschreiben. Das stärkt kleine Unternehmen vor Ort und trägt zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz bei.



Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und

Innovationskraft von Soloselbständigen und KMU müssen in der neuen Legislaturperiode der Bürokratieabbau und eine Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten im Zentrum stehen. Wir setzen uns für einfachere, digitalisierte Verfahren bei Anträgen und Berichtspflichten ein. Die neue Kommission braucht eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der Knowhow-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up-Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur Gewinnung von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Für KMU ist zusätzlich noch die Bekämpfung des Fachkräftemangels entscheidend. Um diesen zu lindern, müssen wir mehr in die Ausbildung junger Menschen investieren, Weiterbildungsangebote auch für ältere Menschen bereithalten und Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein.



**ESD: Welche mittelstandspolitischen Erfolge, insbesondere hinsichtlich der Entlastung und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Soloselbständige, kleinste und kleine Unternehmen, konnten Sie in der vergangenen Legislaturperiode durchsetzen bzw. anstoßen?**



CDU und CSU haben sich vor allem dafür eingesetzt, das Bewusstsein für Herausforderungen der KMU zu stärken. Hierzu haben wir eine entsprechende Resolution mit der Kernforderung „Think Small First“ eingebracht. Wir haben den Binnenmarkt fürs digitale Zeitalter

fit gemacht und eine sichere und gerechte Online-Umgebung durch den Digital Services Act (DSA) und den Digital Markets Act (DMA) geschaffen. Die neue Verordnung zu standardessenziellen Patenten wird mehr Transparenz im bisher undurchsichtigen Lizenzierungssystem schaffen und Transaktionskosten reduzieren. Schließlich haben wir uns stets gegen bürokratische Belastungen, wie beispielsweise den Sanierungszwang von Gebäuden, das EU-Lieferkettengesetz und die Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten positioniert.



Wir haben uns dafür eingesetzt, Machtmissbrauch großer Unternehmen auf Kosten von Selbstständigen und Gründer\*innen zu verhindern, im digitalen Raum beispielsweise über das Gesetz über digitale Dienste (DSA) und das Gesetz über digitale Märkte (DMA). Wir begrüßen die Guidelines der Europäischen Kommission für Tarifverträge von Solo-Selbstständigen, die nun auch für Solo-Selbstständige Tarifverhandlungen im Rahmen des Wettbewerbsrechts ermöglichen sollen. Zuletzt sehen wir die Richtlinie für bessere Arbeitsbedingungen in der Plattform-Arbeit als großen Erfolg, um gegen die Scheinselbstständigkeit vorzugehen und den Zugang zu grundlegenden Arbeitnehmer\*innenrechten wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung für Plattformarbeiter\*innen zu ermöglichen. Darüber hinaus schützen die strengen Regeln und Anforderungen des KI Gesetzes Soloselbstständige vor den Gefahren von KI am Arbeitsplatz.



Wir Freie Demokraten haben wesentliche Schritte unternommen, die der Wirtschaft und speziell auch den Soloselbstständigen, kleinsten und kleinen Unternehmen zugutekommen. Hierzu ist übergeordnet zu erwähnen, dass wir für die Einhaltung der Schuldenbremse einstehen. Dies schafft für alle Wirtschaftsteilnehmer Planungssicherheit und ist ein Beitrag zu Generationengerechtigkeit. Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz hat Finanzminister Christian Lindner wichtige Verbesserungen

für einen attraktiven Gründungsstandort auf den Weg gebracht. Ein zentraler Baustein ist ein höherer Freibetrag bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Damit können Unternehmen Mitarbeiter durch eine größere Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg gewinnen und stärker an sich binden. Mit dem Meseberger Entbürokratisierungspaket hat die FDP in der Bundesregierung Bürokratienteilastungen von mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr für die Unternehmen auf den Weg gebracht. Davon entfällt rund eine Milliarde Euro auf das vierte Bürokratienteilastungsgesetz. Damit verkürzen wir z. B. die Aufbewahrungsfristen von handels- und steuerrechtlichen Buchungsbelegen von zehn auf acht Jahre. Bei vielen Vorgängen entfallen Schriftformerfordernisse und es wird keine eigenständige Unterschrift mehr vorausgesetzt. Zudem heben wir die Grenze für die monatliche Umsatzsteuer-Voranmeldung von 7.500 auf 9.000 Euro an.



Die Linke achtet besonders bei der Gesetzgebung über die Strukturfonds darauf, dass EU-Förderung nicht nur die Big-Player unterstützt, sondern die Regionen und Bevölkerungsgruppen, die sie besonders brauchen – auch freiberuflich Tätige, Soloselbstständige, Kleinunternehmen und KMU. Es gibt bereits EU-Leitlinien, die Tarifverhandlungen von Soloselbstständigen ermöglichen, indem sie vom Wettbewerbsrecht ausgenommen sind. Es braucht zusätzlich eine europäische Regelung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Soloselbstständige. Auftraggeber\*innen sollen auch für sie Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen und branchenweite Mindesthonorare geregelt werden. Die Linke setzt sich dafür ein, dass EU-Fördermittel leichter zugänglich werden. Wir wollen vereinfachte Kostenoptionen bei den EU-Strukturfonds anwenden. Das bedeutet, dass bei vielen Arten von EU-geförderten Projekten zunehmend mit Förderpauschalen pro Teilnehmer\*in statt einzelnen Rechnungsbelegen gearbeitet werden kann. Die Einhaltung von ökologischen, sozialen und Beteiligungs-Kriterien für die Vergabe von EU-Fördermitteln muss allerdings auch

sinnvoll überwacht werden.



Wir wollen, dass auch Soloselbstständige, kleinste und kleine Unternehmen von den großen Förder- und Investitionsprogrammen der EU profitieren. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass mit dem Chips Act neben großen Megaprojekten auch Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen gefördert und gezielt unterstützt werden. Mit dem KI-Gesetz haben wir durch eine Beschränkung der Marktmacht der Big-Tech-Konzerne für besseren Marktzugang für Start-Ups und KMU gesorgt. Die Einführung von KI-Reallaboren bietet die Möglichkeit, KI-Systeme unabhängig und unter Regulierungsaufsicht zu entwickeln und zu testen, bevor sie auf den Markt kommen - für KMU und Startups grundsätzlich kostenfrei. Auf nationaler Ebene war uns der Erhalt und die Reform der GRW-Förderung besonders wichtig. Trotz großer Sparzwänge konnten wir die GRW-Mittel auf hohem Niveau stabilisieren und bei der Förderung einen stärkeren Fokus auf regionale Wertschöpfungsketten legen.

**ESD: Wie steht Ihre Partei zum KMU-Hilfspaket der EU-Kommission und welche weitergehenden Vorschläge zur darüberhinausgehenden Förderung der Soloselbstständigen, kleinsten und kleinen Unternehmen haben Sie?**



CDU und CSU unterstützen alle Initiativen, die die Rahmenbedingungen für KMU verbessern wollen. Das KMU-Hilfspaket ist ein positives Signal Richtung KMU, dem weitere Initiativen folgen müssen. Dazu gehören z. B. ein umfassender Bürokratieabbau, ein EU-Wettbewerbsfähigkeitscheck für jede neue EU-Politikinitiative, die Weiterentwicklung des Binnenmarkts und der Kapitalmarktunion, eine zukunftsorientierte Energieunion mit Technologieutralität und Innovationen sowie eine verbesserte Fachkräftestrategie.



Wir begrüßen den Vorschlag der Kommission zur Entlastung von kleinen und mittelständigen Unternehmen. Das Head Office Tax System soll beispielsweise ermöglichen, dass KMUs nur in dem Land ihre Steuererklärung einreichen, in dem sie ihren Hauptsitz haben. Das bedeutet eine starke Entlastung, besonders für kleine Unternehmen, die sich nicht mehr mit verschiedenen Steuerregimen und Behörden auseinandersetzen müssen. Wir fordern, dass bei zukünftigen Gesetzesvorhaben wie diesem auch die Situation von kleinsten Unternehmen und Soloselbstständigen berücksichtigt wird.



Wir Freie Demokraten begrüßen, dass KMU aus Sicht der EU-Kommission stärker in den Fokus genommen werden und unterstützen jedwede Maßnahmen, die dazu beitragen, dass KMU von Bürokratie entlastet werden und wieder das tun können, was ihnen am wichtigsten ist: sich um ihre Kunden kümmern. Wie zuvor bereits erwähnt, setzen wir uns für einen echten Mittelstandskommissar, der sich um faire Wettbewerbsbedingungen für KMU und um Bürokratieabbau kümmert, einen KMU-Test für Gesetzgebungsverfahren sowie eine Anpassung der KMU-Definition auf EU-Ebene ein.



Eine allgemeine Bevorzugung von KMU halten wir nicht für sinnvoll, denn 99 Prozent der europäischen Unternehmen fallen unter die KMU-Definition, auch viele große und umsatzstarke. Soloselbstständige und Kleinstunternehmen werden damit nicht wirksam gestärkt. Beispielsweise ermöglicht eine Besteuerung am Sitz der Hauptniederlassung vor allem größeren Unternehmen, weniger Steuern zu zahlen. Soloselbstständige und Kleinstunternehmer haben wenig davon. Ein elektronisches Formular für Entsendungen darf nicht dazu führen, dass weniger kontrolliert wird, sondern muss Kontrollen erleichtern. Sonst geraten insbesondere kleine Unternehmen durch

unlautere Entsendungen unter Druck. Damit kleine Unternehmen leichter öffentliche Aufträge erhalten, braucht es nicht in erster Linie standardisierte Verfahren, sondern weniger europaweite Ausschreibungen. Die Linke setzt sich dafür ein, dass bei öffentlichen Aufträgen lokale Anbieter mit guten Arbeitsbedingungen bevorzugt werden.



Wir begrüßen das KMU-Paket der EU-Kommission ausdrücklich. Das Paket enthält wichtige Maßnahmen zum Bürokratieabbau, zur Steuervereinfachung und zur Verbesserung der Finanzierung von KMUs. Bei der geplanten Reduzierung der Berichtspflichten um 25% ist wichtig, dass nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Strategie verfolgt wird. Oftmals sind Vereinfachungen und Zusammenlegungen von doppelten Berichtspflichten zielführender als Streichungen. Die Einführung einer einheitlichen maximalen Zahlungsfrist von 30 Tagen wird vielen KMU helfen, da Zahlungsverzug bei Rechnungen oftmals zu Liquiditätsproblemen führen kann. Wir sehen jedoch noch Verbesserungspotential beim entsprechenden Vorschlag der Kommission, der sehr stark in die Vertragsautonomie eingreift und außer Acht lässt, dass KMU oftmals auf längere Zahlungsfristen angewiesen sind, wenn sie in einer Vertragsbeziehung nicht Gläubiger, sondern Schuldner sind.



**ESD: Welche konkreten Maßnahmen zur bürokratischen Entlastung für Soloselbständige, kleinste und kleine Unternehmen streben Sie an?**



CDU und CSU wollen die Überregulierung der Wirtschaft durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Der Europäischen Mittelstandsbeauftragte soll künftig auch bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir wollen das „1 in, 2 out“-Prinzip durchsetzen – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden. Wir brauchen einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen.



Um Gründer\*innen sowie Selbständige zu entlasten, ist es entscheidend, dass wir strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene treffen können, während wir gleichzeitig Bürokratie abbauen, um die Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt ist insbesondere für KMU, Start-ups, Selbständige und Freiberufler\*innen dringend notwendig. Dafür wollen wir die Qualität von EU-Regulierungen verbessern und wo nötig durchlüften, ohne dabei Schutzstandards abzusenken. In Bezug auf die europäische Industriepolitik, setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass bspw. langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen vereinfacht werden.



Selbständige, kleinste und kleine Unternehmer sind wesentlicher Teil unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Die Schaffenskraft, die Kreativität und der unermüdliche Einsatz von Selbstständigen, Gründern und Unternehmern verdienen mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen. Wir Freie Demokraten setzen uns für faire Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter ein. Wir fordern eine grundlegende Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren gesetzlichen Positivkriterien für Selbständigkeit.

Darüber hinaus muss sich die Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Krankenversicherung an den vergleichbaren Entgelten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten orientieren. Zudem wollen wir die EU-Arbeitszeitrichtlinie flexibilisieren und die EU-Entsenderichtlinie reformieren. Die erheblichen bürokratischen Pflichten, das heißt die Erfüllung der Meldepflicht gegenüber dem jeweiligen Land und den Nachweis der Sozialversicherungszugehörigkeit (A1-Bescheinigung), wollen wir auf schutzwürdige Sachverhalte begrenzen und wir wollen insbesondere alle kurzen beruflichen Reisen und Entsendungen von der Richtlinie ausnehmen. Wir treten generell dafür ein, Dokumentations- und Berichtspflichten zu reduzieren und fordern ein einheitliches digitales Meldeportal, das Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellt und eine unkomplizierte zentrale Einreichung von Berichten ermöglicht.



Die Linke setzt sich für die Entlastung aller von ausufernden Anträgen und Formularen sowie für schnellere Bearbeitung in den Behörden ein. Durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist der Wust an Anträgen, Ausschreibungen und zu beachtenden Vorschriften immens gestiegen.

Das bindet viel Arbeitszeit, die für andere wichtige Aufgaben fehlt. Unnötige Anträge, Formulare und Nachweise wollen wir vermeiden. Regeln sollen möglichst klar und verständlich sein. Nicht nur für Unternehmen,

auch für Sozialleistungen, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen. Ämter brauchen ausreichend Personal, um Anträge zügig zu bearbeiten und Bürger\*innen und Unternehmen zu beraten und bei Anträgen zu unterstützen. Das hilft Soloselbständigen und Kleinstunternehmen, die keine umfangreiche Verwaltung oder Rechtsabteilung haben. Gleichzeitig muss überprüfbar und nachweisbar bleiben, dass Arbeitsschutz, Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Das schützt die Unternehmen, die die Regeln einhalten, vor unfairer Konkurrenz.



KMU werden durch neue bürokratische Anforderungen in besonderem Maße belastet. Wir setzen uns für eine konsequente Prüfung der Auswirkungen neuer Gesetze auf KMU sowie für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen ein. Auch für existierende Gesetzgebung fordern wir eine regelmäßige Überprüfung, um Bürokratie abzubauen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, zu streichen.

Auch beim Zugang zu EU-Investitionsprogrammen streben wir an, Antragsverfahren zu beschleunigen und Berichtspflichten zu reduzieren. Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden soll zudem das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit relevante Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden.

**ESD: Welche konkreten Maßnahmen zur Vereinfachung von Steuervorschriften für grenzüberschreitend tätige Soloselbständige, kleinste und kleine Unternehmen schlagen Sie vor?**



Wir unterstützen die Umsetzung der im KMU-

Entlastungspaket enthaltenen Maßnahmen zur Steuervereinfachung. So sollen KMU mit Betriebsstätten in mehreren Mitgliedstaaten nach den Vorschriften des Mitgliedsstaates, in dem sie ihre Hauptniederlassung haben, besteuert werden. Ab 1. Januar 2025 profitieren kleine Unternehmen zudem von neuen Mehrwertsteuervorschriften. Danach können ihre Warenlieferungen und Dienstleistungen, die sie auch in anderen Mitgliedstaaten erbringen, von der Mehrwertsteuer befreit werden.



Es sollte endlich einheitliche und vereinfachte Steuerregeln für kleine und mittlere Unternehmen geben. Darauf soll das sogenannte „Business in Europe: Framework for Income Taxation“- oder „BEFIT“-Paket, ein Teil des KMU-Hilfspaket der Kommission, abzielen. Es müssen aber nicht nur Steuern vereinfacht werden, zusätzlich sollten KMUs auch für die digitale und klimaneutrale Transformation Unterstützung erhalten.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass ihnen ein besserer Zugang zu EU-Investitionen ermöglicht wird.



Als Freie Demokraten ist es uns ein Herzensanliegen, bürokratische Hürden abzubauen. Hierzu zählen auch Vereinfachungen von Steuervorschriften, um grenzüberschreitendes Arbeiten zu erleichtern.

Um moderne, selbstbestimmte Arbeitsmodelle – insbesondere Remote-Work im europäischen Ausland – rechtssicher zu ermöglichen, wollen wir die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie grundlegend reformieren. Wir wollen zudem die Kapitalmarktunion vertiefen und Barrieren für grenzüberschreitende Kapitalmarktgeschäfte in der EU abbauen sowie den Zugang von KMU zum Kapitalmarkt erleichtern.



Viele Soloselbständige verfügen über keine sehr hohen Einnahmen. Die Finanzierung öf-

fentlicher Aufgaben wurde durch die Regierungen der letzten 30 Jahre immer stärker auf mittlere und kleine Einkommen verschoben. Steuern für Riesenvermögen, Konzerngewinne, Kapitaleinkommen und Millionenerbschaften wurden dagegen gesenkt. Die Linke setzt sich für eine grundlegende Reform der Steuerpolitik ein, bei der kleine und mittlere Einkommen entlastet werden und sehr hohe Einkommen und Millionenvermögen stärker beitragen. Nach dem Einkommensteuernkonzept der Linken würden alle weniger Steuern zahlen, die bis zu 6.500 Euro brutto im Monat haben (als Single, Steuerklasse I). Zu versteuernde Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei.

Der Steuerverlauf wird abgeflacht. Gerade mittlere Einkommen würden davon profitieren, da ein höherer Freibetrag bedeutet, dass nur auf das darüberhinaus gehende Einkommen überhaupt Steuern gezahlt werden müssen.



Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, ein vereinfachtes und harmonisiertes Steuerungsverfahren für grenzüberschreitend tätige KMU einzuführen. Denkbar wäre etwa ein besonderes Meldeverfahren für die Anwendung der Steuerbefreiung in einem anderen Mitgliedstaat oder die Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems.

Eine entsprechende Richtlinie sollte nach der Europawahl so bald wie möglich von der neuen Kommission vorgelegt werden. Zudem erleichtern wir die Teilnahme an Förderprogrammen für kleine Betriebe, indem wir Beantragung und Dokumentation von Projekten vereinfachen.

Durch Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen wollen wir außerdem den Alltag von Grenzpendler\*innen vereinfachen. Konkret wollen wir die A1-Bescheinigung für grenzüberschreitende Dienstleistungen durch einen praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.



**ESD: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Soloselbständigen, kleinsten und kleinen Unternehmen bei der digitalen Transformation unterstützen?**



CDU und CSU setzen sich für eine Stärkung unternehmerischer Freiheiten ein. Wir wollen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen von Nachweispflichten, Verfahrensanforderungen und sonstiger Bürokratie entlasten. Das gilt insbesondere auch für Investitionen in Prozess-digitalisierung oder digitale Geschäftsmodelle. Wir wollen die Kreativität und Eigenverantwortung der Unternehmer fördern, denn sie wissen am besten, wie sie ihre Unternehmen führen wollen. Zusätzlich möchten wir durch verstärkte Forschung und passende regulatorische Rahmenbedingungen sicherstellen, dass KMU sehr gute Angebote im Bereich künstlicher Intelligenz und digitaler Transformation allgemein zur Verfügung stehen. Die Nutzung dieser Angebote soll dann niedrigschwelliger als bislang möglich sein.



Um ein wirklich geeintes und zukunftsgerichtetes Europa aufzubauen, kommen wir nicht umhin, im digitalen Bereich vor allem auf Inklusion kleiner und kleinst Unternehmen zu setzen, damit alle Personen und Gemeinden den gleichen Zugang und die gleichen Erfolgchancen im digitalen Zeitalter haben und auch beispielsweise KI-Anwendungen zu ihren Gunsten nutzen können. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die digitale Verantwortung der Unternehmen aktiv gefördert wird. Durch die Implementierung eines umfassenden Schutzes für Beschäftigte und Verbraucher\*innen, sowie einer breiten Definition hochriskanter An-

wendungen und passgenauer Verbote wurde in Form des AI-Acts unter der Federführung unserer politischen Gruppe bereits ein großer Schritt in die richtige Richtung getan.

Die Betroffenen, darunter natürlich auch Soloselbständige und kleine Unternehmen, müssen in der Lage sein, neue Technologien zu hinterfragen und zu verstehen sowie Rechtsmittel einzulegen, wenn ihre Rechte durch sie verletzt wurden. Besonders hervorgehoben sollen hier vor allem die sogenannten „Sandboxes“ werden, die der Förderung, Innovation und Stärkung der für KMU und Start-ups relevanten KI-Anwendungen dienen. Diese Testumgebungen sollen Start-ups und KMUs dabei helfen, KI zu entwickeln, die in vollem Einklang mit der Verordnung steht.



Wir Freie Demokraten wollen Digital-Freiheitszonen nach europäischem Recht schaffen: Durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln wollen wir grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von Unternehmen, Start-ups und Spin-offs schaffen. Die Rechtsformen des Europäischen Gesellschaftsrechts wollen wir ausweiten (Europäische Privatgesellschaft [SPE], Europäischer Verein), um Unternehmen bessere Rahmenbedingungen und passendere Rechtsformen zu ermöglichen. Wir fordern außerdem ein einheitliches digitales Meldeportal, das Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellt und eine unkomplizierte zentrale Einreichung von Berichten ermöglicht. Darüber hinaus sollen gemäß der Digitalstrategie der Bundesregierung bundesweit aufgestellte und agierende „Zukunftszentren“ insbesondere KMU und ihre Beschäftigten sowie (Solo-)Selbstständige in der digitalen Transformation mit passgenauen Analysen, Beratungs- und innovativen Qualifizierungsangeboten unterstützen.



Wir brauchen flächendeckend schnelles Internet und Handyempfang. Sonst klingt digitale Transformation für Unternehmer in länd-

lichen Gegenden wie Hohn. Vielerorts in Deutschlands gibt es Empfangslücken und nur langsames Internet, da die profitorientierten Netzbetreiber an flächendeckendem Ausbau kein Interesse haben. Wir wollen den Glasfaserausbau in Deutschland mit jährlich 10 Milliarden Euro fördern. Der Netzausbau muss am Ziel zuverlässiger Versorgung und Gemeinwohl orientiert erfolgen. Dazu müssen die Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand. Soloselbständige und Kleinunternehmen brauchen auch Rückhalt bei der Sicherheit der IT-Systeme. Schwachstellen können große Schäden anrichten und teuer werden. Für die Sicherheit der Systeme und Daten in der gesamten Wertschöpfungskette brauchen wir die Verpflichtung der Hersteller schon bei der Technikgestaltung. Zudem wollen wir Freie Software fördern, bei der Probleme schneller erkannt und behoben werden können. Wir wollen gemeinwohlorientierte Vermittlungsplattformen fördern, die kleine Anbieter nicht benachteiligen.



Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Damit sie gelingen kann, braucht es eine digitalisierte Verwaltung sowie eine flächendeckende und leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze. Um die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, haben wir das Onlinezugangsgesetz reformiert, damit Verwaltungsleistungen künftig so weit wie möglich digital erfolgen. Auf europäischer Ebene wollen wir das Once-Only-Prinzip einführen, damit Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden. Um die für die Digitalisierung benötigte Infrastruktur schneller und grenzüberschreitend auszubauen, wollen wir eine Infrastrukturunion schaffen. Durch diese Infrastrukturunion soll Europa durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwachsen - mit einem voll ausgebauten Glasfaser-, Strom-, Schienen- und Wasserstoffnetz.

**ESD: Welche konkreten Maßnahmen fordern Sie speziell zur Unterstützung der Soloselbständigen, kleinsten und kleinen Unternehmen bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI?**



Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet.



Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet.



In Künstlicher Intelligenz (KI) sehen wir Freie Demokraten eine große Chance für die Zukunft. Von zentraler Bedeutung ist, dass wir KI innovationsfreundlich – gerade mit Blick auf die Chancen für Soloselbständige, kleinste und kleine Unternehmen – regulieren und Innovationen nicht durch Verbote ausbremsen. Die FDP setzt sich daher für eine unbürokratische und praxisnahe Umsetzung der europäischen KI-Verordnung ein, die Innovationen ermöglicht und Bürgerrechte schützt. Wir wollen die Zusammenarbeit starker europäischer Forschungsstandorte bei KI fördern. KI-Reallabore, in denen KI-Entwickler ihre Systeme in einem kontrollierten Umfeld testen können, wollen wir schnellstmöglich europaweit einrichten. Wir wollen zudem den Einsatz digitaler Innovationen in der Verwaltung voranbringen und die notwendigen Rechtsgrundlagen und Transparenz schaffen.



Die Linke setzt sich für nachvollziehbare Algorithmen ein, damit ethische Standards sichergestellt werden können. Bei der Verwendung von Trainingsmaterial für KIs muss gewährleistet werden, dass die Nutzung nicht gegen den Willen der Urheber\*innen stattfindet. Sonst findet eine ungerechtfertigte Enteignung der Leistungen von Journalist\*innen, Architekt\*innen, Gestalter\*innen oder Musikschaffenden zu Gunsten großer Unternehmen statt. Kreative müssen zudem angemessen entschäd-

digt werden, wenn ihre Werke zum Trainieren von KIs genutzt werden. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von KI-basierten Tools müssen daher ausreichend Transparenz und Rechtskonformität sichergestellt sein. Denn auch der Output einer KI kann bei hinreichender Ähnlichkeit zu Werken, mit denen sie trainiert worden ist, eine Rechtsverletzung darstellen. Die EU soll Forschung zu gesellschaftlich nützlichen Anwendungen von KI fördern und kritische Forschung zu Risiken von KI öffentlich finanzieren.



Wir wollen, dass Deutschland und die EU auf den Märkten der Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können. Daher wollen wir Deutschland in Europa zum Hightech-Standort ausbauen und dabei vor allem auch die Entwicklung und Anwendung von KI zukunftssicher und nachhaltig fördern. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer. Für uns ist entscheidend, dass wir Selbstständigen und KMU den Zugang zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU durch vereinfachte Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

**Wir bedanken uns herzlich bei allen Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.**



### **Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.**

Der ESD e.V. ist seit fast fünfzig Jahren die parteiunabhängige Interessenvertretung der Selbständigen, Angehörigen der freien Berufe, kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbände sowie Innungen in der Bundesrepublik. Mehr als 99 Prozent aller in Deutschland gemeldeten Betriebe gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs).

Diese Unternehmen stellen das Rückgrat der bundesdeutschen Wirtschaft dar. Sie beschäftigen rund 60 Prozent der Mitarbeiter und bilden fast 80 Prozent aller Lehrlinge in Deutschland aus. Dennoch finden diese Unternehmen vor allem in politischen Entscheidungsprozessen kaum Gehör – das zu verändern haben wir uns vorgenommen!

#### **überparteilich - unabhängig - kompetent**

Viele dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen haben sich im ESD, als Vereinigung von Selbständigen für Selbständige, zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als branchenübergreifende Interessenvertretung der KMUs für eine mittelstandsfreundliche Politik in unserem Land zu engagieren.

Entsprechend ihrer Rolle als Leistungsträger der Wirtschaft wollen die im ESD organisierten KMUs Deutschland gemeinsam im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik und allen wirtschaftspolitisch aktiven Partnern vorbringen.

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)  
[www.facebook.com/esd.ev](https://www.facebook.com/esd.ev)  
[www.twitter.com/ESD\\_eV](https://www.twitter.com/ESD_eV)  
[www.linkedin.com/company/esd-ev](https://www.linkedin.com/company/esd-ev)



---

**Herausgeber**

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Behrenstraße 42  
10117 Berlin  
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320  
E-Mail: [info@esd-ev.de](mailto:info@esd-ev.de) | Web: [www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

**ViSdP:** Timo Lehberger, Präsident

**Redaktion/Koordination:** Sascha Langguth, Timo Lehberger

---